

Der Islam im Weltkriege.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Konstantinopel vom 21. Februar:

Das Hauptquartier teilt mit:

Tigrisfront.

Schwacher Infanterie- und Artilleriekampf auf beiden Seiten.

Kaukasusfront.

Angriffsversuche einer starken Erkundungsabteilung des Feindes gegen unsere Vorposten auf dem rechten Flügel sowie gegen einen Abschnitt auf unserem linken Flügel wurden mit Erfolg zurückgewiesen. Wir erbeuteten in einer Stellung eine Menge Waffen und Kriegsmaterial. Außerdem richtete der Feind schwaches Artilleriefeuer gegen unsere Stellung auf dem linken Flügel.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Aus dem Kriegspressequartier werden die folgenden feindlichen Heeresberichte gemeldet:

Frankreich.

21. Februar, 2 Uhr nachmittags. Von der Nacht kein wichtiges Ereignis zu melden.

England.

20. Februar. Unter dem Schutze heftiger Beschussung, die unsere Gräben vollkommen zerstörte, stürzten starke feindliche Abteilungen, mit Unterstützung von Flammenwerfern, einen unserer vorgeschobenen kleinen Posten südlich von Le Transloy. Nachts drangen wir in feindliche Stellungen östlich von Armentières und östlich von Ypern ein. Wir beschädigten die Verteidigungsanlagen des Feindes erheblich. Die feindlichen Gräben bei Sailly-Saillisel, La Bassée, Messines und Wytschaete wurden wirksam beschossen.

Die Ukrainer an Präsidenten Wilson.

Wien, 21. Februar.

Die Slowakische Korrespondenz meldet: Die ukrainische parlamentarische Vertretung richtete anlässlich der Entente-Note über deren Kriegsziele an Präsidenten Wilson ein Schreiben, das dem amerikanischen Botschafter in Wien überreicht und auch der Kabinettskanzlei übergeben wurde. In dem Schreiben heißt es:

Wir Ukrainer bilden in der slawischen Völkerfamilie eine selbständige Nation. Die Prähistorie in der Entente-Note von irgendwelcher „Befreiung“ der slawischen Völker Österreich-Ungarns kann von uns Ukrainern unmöglich ernst genommen werden und muß auf lebhaften Widerstand unsererseits stoßen. Die ukrainische Nationalität wird auch jetzt, trotz unauflöslicher Selbstständigkeit der ukrainischen Sprache, die sogar von der Petersburger Akademie der Wissenschaften anerkannt wurde, von den russischen Regierungen konsequent geleugnet und der Gebrauch der ukrainischen Sprache bei einem Dreißig-Millionen-Volk nicht nur im Amt verboten, sondern nicht einmal in der Schule zugelassen. Das Einbringen Rußlands im Jahre 1914 in das von Ukrainern bewohnte Ostgalizien und der Bukowina gab ein Muster der jetzt angekündigten „Befreiung“. Gleich nach der Invasion wurde von den Befreier in diesem Lande, wo die 8½ Millionen Ukrainer dank der freierlichen österreichischen Verfassung sich manche nationalen Errungenschaften zu erkämpfen mußten, nicht nur alle ukrainischen Schulen geschlossen, sondern die ukrainische Sprache überhaupt, so wie im zaristischen Rußland, und das ganze nationale Leben des ukrainischen Volkes in Galizien auf das brutalste unterdrückt. Durch persönliche Verfolgung von Seiten der russischen „Befreier“ wurden nicht weniger als 4000 ukrainische Patrioten nach Zentralrußland und Sibirien verschleppt und der Führer der galizischen Ukrainer und das Oberhaupt der griechisch-unierten Kirche, der Bamberger Metropolit Graf Szeptycki, als russischer Staatsverbrecher in russischen Gefängnissen interniert. Gegen eine derartige Befreiung müssen wir Vertreter des ukrainischen Volkes in Galizien entschieden Verwahrung einlegen. Unsere Gefühle werden von dem ganzen ukrainischen Volke geteilt, das entsprechend seiner Vergangenheit und nationalen Kultur einer wahren nationalen Befreiung zutrifft.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Februar.

Außer den Etats für das Rechnungsjahr 1917 sind dem Reichstage noch folgende Gesetzentwürfe zugegangen:

1. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1916, wonach zur Befreiung einmaliger außerordentlichen Ausgaben fünfzehn Millionen Mark im Wege des Kredits flüssig gemacht werden dürfen.

2. Ein Gesetzentwurf, wonach auf Grund des Kriegsteuergesetzes zugunsten des Reiches ein 20prozentiger Zuschlag zu der außerordentlichen Kriegsabgabe erhoben werden soll.

3. Ein hiermit in Verbindung stehendes Sicherungsgesetz, wonach Einzelpersonen vor Verlegung ihres Aufenthaltes ins Ausland der Steuerbehörde auf Verlangen Sicherheit für die künftige Kriegssteuer zu leisten haben.

4. Ein Gesetzentwurf über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank von 100 Millionen Mark.

5. Ein Gesetzentwurf über den Haushaltsetat für die Schutzgebiete, wonach für diese die Bestimmungen des Etats für 1914 auch für 1917 maßgebend bleiben sollen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. Februar.

Im Abgeordnetenhaus äußerten sich bei Beratung des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe einzelne Redner über die Kriegsziele.

Abgeordneter Dell (Zentrum) erklärte: Unter Ablehnung des weitläufigen, überhöhten Positivismus können wir der Fernrichtungsmittel der Feinde nur dadurch mit Erfolg begegnen, daß wir unter tüchtiger Abwägung dessen, was uns not tut, aus

der militärischen Gesamtlage die sich für unsere Sicherheit und Zukunft ergebenden Folgerungen ziehen. Mit dem Reichsfanzler verlangen wir reale Garantien, daß wir für die Zukunft vor der Wiederholung solcher Ueberfälle bewahrt seien. Als solche Garantien müssen wir aber die Realität papierener Verträge ablehnen. Dies gilt auch von dem schwierigen, zwiespältigen Problem Belgiens. Eine schematische Wiederherstellung des früheren Zustandes ist undenkbar. Es muß vielmehr, in Uebereinstimmung mit dem Reichsfanzler, dafür gesorgt werden, daß Belgien nicht als eine Vormauer der Entente und Englands betrachtet werde. Dieses blidt mit listernen Augen nach Antwerpen. Darum sagen wir: Hände weg von Belgien! Wir dürfen nicht zugeben, daß in einem künftigen Kriege das niederheinische Industriegebiet das Schlachtfeld abgibt. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abgeordneter Fuhrmann (nationalliberal) erklärt, gerade die rheinisch-westfälische Großindustrie müßte wünschen, daß ein gemeinsames zollpolitisches Bündnis Deutschland und Belgien umschließt. Einen Staatsmann, der ohne Krieg, Zollunion, ohne Belgien, Russland und den litauischen Besitz aus diesem Kriege zurückläßt, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht und deutscher Größe nennen.

Den Ausweis über die patriotischen Spenden veröffentlichen wir bis auf weiteres täglich im Abendblatt.

Kriegstagung des Reichstages.

Eine befreundende Interpellation.

Budapest, 21. Februar.

Das Ereignis der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bildeten zweifellos die Erscheinungen, die die Interpellation des Abgeordneten Ludwig Holló kennzeichneten. Die Interpellation betraf allgemeine auslandspolitische Fragen, namentlich das Friedensproblem und Momente, die mit diesem verknüpft sind. In der Begründung seiner Interpellation schwärmte Abgeordneter Ludwig Holló nach den verschiedensten Richtungen, wobei es geschah, daß er sich auch in Gebiete verirrte, die in der gegebenen Situation kein ungarischer Abgeordneter betreten durfte. Namentlich die sehr lächerliche, doch umso anspruchsvollere Schilderung, in der Abgeordneter Ludwig Holló die Ursachen des Krieges beleuchtete, mußte in der Rede eines ungarischen Abgeordneten durchaus befremden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza fand die notwendige Schärfe, um diesen Verirrungen entsprechend entgegenzutreten. Er stellte in wichtigen Sätzen die Tatsachen dieses Krieges nebeneinander, und das genügte, um die Ausführungen des Abgeordneten Holló zu Boden zu drücken. Mit erhobener Stimme betonte der Ministerpräsident, daß die Expansion der deutschen Wirtschaftskräfte stets und durchaus friedlich gewesen sind; und als düsteres Gegenstück schilderte er die aggressiven Entwicklungstendenzen im politischen und wirtschaftlichen Leben unserer Feinde. In plastischer Deutlichkeit stellte Graf Tisza fest, daß wir diesen Krieg führen müssen und führen werden bis zur Erringung eines Friedens, der die Bürgschaften seiner Dauerhaftigkeit in der Tatsache besitzet, daß er keine der kriegsführenden Parteien erniedrigt oder gar vernichtet will. Mit erhobener Stimme und unter dem Beifall beinahe des ganzen Hauses betonte Graf Tisza, daß unsere unerschütterliche Treue zu dem Bündnis, das uns mit dem Deutschen Reich vereint, getragen ist von dem Bewußtsein, daß wir für unsere Existenz kämpfen. Dieser Kampf wird nicht länger währen, als bis die bezeichneten Vorbedingungen eines dauerhaften Friedens für uns gegeben sein werden. Kein Friede aber, der diesen Forderungen nicht entspricht, wird dauerhaft sein können, denn was von der Lebenskraft der Völker, auf deren Zerstückelung es unsere Feinde abgesehen haben, übrig bleibt, würde dem Revanchegedanken gewidmet sein.

Die gesamte Rechte, das Zentrum des Hauses und auch die Linke, nur die Karolyi-gruppe ausgenommen, nahmen diese Erklärungen des Ministerpräsidenten mit stürmischem Beifall entgegen. Und nun folgte eine bedeutende Szene. Abgeordneter Ludwig Holló erhob sich, um dem Ministerpräsidenten entgegenzutreten. Zugleich erhob sich auch ein großer Teil der Opposition, namentlich alle anwesenden Mitglieder der Verfassungspartei, dann auch die anwesenden Mitglieder der Volkspartei und der Apponyigruppe der Unabhängigkeitspartei. Alle verließen den Saal und während Abgeordneter Holló seine Replik zum Besten gab, waren von der ganzen Opposition bloß acht Mitglieder der Karolyigruppe anwesend. In den Wandelgängen des Hauses fand das Spiel seine Fortsetzung und Erklärung. In einer Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Karolyigruppe und solchen der Volkspartei und Verfassungspartei wurde festgestellt, daß die anderen oppositionellen Parteien den Saal verließen, weil sie die Ausführungen des Abgeordneten Ludwig Holló keinesfalls teilten und es vermeiden wollten, bei der Abstimmung gegen einen oppositionellen Redner und für die Regierung stimmen zu müssen.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte in der Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten eine Rede des Abgeordneten Josef Szterényi, die die gesamte für diese Debatte vorgesehene Beratungszeit in Anspruch nahm. Die Ausführungen des Abgeordneten Szterényi waren jedoch nicht nur zeitlich ausgedehnt. Sie umfaßten in kritischer Wertung die großen Fragen der nachkriegsrischen Wirtschaftspolitik und brachten in einer Beipröfung der Ernährungsfragen auch ein reiches statistisches Datenmaterial.

Unter den Interpellationen, die nach der Interpellation des Abgeordneten Holló folgten, fanden wir warme und innige Bemerkungen des Abgeordneten Wilhelm Simegyi, der über die Lage der Ziffern Flüchtlinge sprach. Graf Ludwig Esterházy berührte agrarpolitische Fragen, die in einer Aeußerung des Landwirtschaftsministers Baron Emerich Ghillány zufriedenstellende Lösung fanden. Eine Interpellation, die die Lage der Eisenbahnarbeiter zum Ausgangspunkt einer Anfrage an den Handelsminister machte, wurde von Baron Johann Hartányi ausführlich beantwortet. Die Interpellation des Abgeordneten Georg Szmercsányi in Sachen der Einschränkung in die Matrizen wurde von dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza in einer Weise beantwortet, die auch den Interpellanten befriedigte.

Die Kammer des Abends, die angekündigte Interpellation des Abgeordneten Arpad Szentivanyi, die dem Gombor Obergepan betraf, unterließ, weil, wie der Interpellant feststellte, von kompetenter Seite die Austragung der Angelegenheit in Aussicht gestellt ist.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um halb 4 Uhr nachmittags. Schriftführer: Alfred Pál, Felix Szinhej, Merse, Koloman Szajka.

Auf den Ministerpräsidenten: Graf Tisza, Teleghy, Balogh, Baron Ghillány, Baron Hartányi, Jankovich, Hedegeghy.

Präsident teilt mit, Ministerpräsident Graf Stefan Tisza habe in einer Zuschrift das Abgeordnetenhaus verständigt, daß der König in einem am 19. Februar in Baden gegebenen allerhöchsten Handschreiben den Baron Samuel Hajai von seiner Stellung eines ungarischen Landesverteidigungsministers in Gnaden enthoben und den Feldmarschallleutnant Alexander v. Szurmaj zum ungarischen Landesverteidigungsminister ernannt hat.

Abgeordneter Géza Polónyi

meint, Baron Hajai hätte es verdient, daß der Präsident sich nicht mit der üblichen Schablone begnüge, sondern der verdienstvollen Tätigkeit des scheidenden Ministers mit Worten der warmsten Anerkennung gedenke. Wohl haben den Redner und seine Gefinnungsgenossen von dem Baron Hajai große politische Ziele getrennt; allein das könne nicht verhindern, festzustellen, daß Baron Hajai als Landesverteidigungsminister seine Pflicht treu und ehlich erfüllt und sich namentlich um die Hebung des Ansehens der ungarischen Honvéd große Verdienste erworben hat. Baron Hajai war ein wahrer Honvéd in des Wortes edelstem Sinne. Er nimmt in seine neue Stellung die Hochschätzung aller Parteien des Abgeordnetenhauses mit, und Redner hofft, daß Baron Hajai der ungarischen Honvéd in seiner neuen Mission neue Vorbeere erringen wird. Die Zuschrift des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen.

Präsident teilt mit, daß Baron Hajai sein Mandat niedergelegt hat. Das Präsidium wird auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung im Wahlbezirk József die Neuwahl anordnen.

Dient zur Kenntnis.

Vizepräsident Karl Szász:

In der jüngsten Vergangenheit wurde einmütig der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß auch die oppositionellen Parteien in dem ständigen Inkompatibilitätsausschusse vertreten sein sollen. Die Mitglieder des Ausschusses Babits, Almásy und Graf Josef Bethlen haben nun in einer an das Präsidium gerichteten Zuschrift sich bereit erklärt, ihre Stellen im Ausschusse mit Genehmigung des Hauses niederzulegen. Nach der Geschäftsordnung kann die Stelle im ständigen Inkompatibilitätsausschusse nicht niedergelegt werden. Allein Redner ist der Ansicht, daß ein Hausbeschluss hiezu die Erlaubnis erteilen könne.

Das Haus erteilt die gewünschte Erlaubnis.

Präsident weist sodann darauf hin, daß durch die Mandatsniederlegung des zum Obergepan ernannten Julius Bujanovich eine dritte Stelle im Ausschusse erledigt ist. Bezüglich der Befegung der drei erledigten Stellen wird der Präsident am Schlusse der heutigen Sitzung einen Antrag stellen.

Berichterstatter Alexander Dobiecsy

teilt mit, daß der ständige Verifikationsausschusse das Mandat des in Ersetzung gewählten Abgeordneten Stefan Jsembery geprüft und in Ordnung befunden hat.

Das Mandat wird unter Vorbehalt der vorgeschriebenen dreijährigen Frist für verifiziert erklärt.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den sechsten Regierungsbericht betreffend die Inanspruchnahme der Ausnahmegevoalt.

Abgeordneter Josef Szterényi

erachtet es als seine Pflicht, nunmehr zum dritten Male an die Regierung die Bitte um Beschleunigung der Unterstützung der heimgekehrten siebenbürgischen Bevölkerung zu richten. In Brassó allein haben sich mehr als 1400 Personen gemeldet, deren Schaden nach den bisherigen Aufnahmen 10½ Millionen Kronen beträgt. Am meisten wurden die Beamten, Eisenbahner, die ungarische und die sächsische Bevölkerung heimgekehrt, die heute den größten Entbehrungen ausgesetzt sind. Redner erucht die Regierung dringend, all diesen Personen schon jetzt durch Gewährung von Unterstützungen und Vorstößen beizuspringen und bei der Feststellung der Entschädigungen die heutigen Werte der zerstörten Habe zu berücksichtigen. Redner spricht nun ausführlich über den Regierungsbericht. Er vermischt Mitteilungen über die bisherigen Kriegsausgaben. Während die übrigen Parlamente der Kriegsparteien ausführliche Aufklärungen erhielten, hüllt sich die ungarische Regierung in tiefes Schweigen. Auch Aufklärungen über die so wichtige Valutaregulierung und die damit zusammenhängenden Verfügungen und über die Organisation der Ausfuhr fehlen. Die Regierung bietet ferner kein Programm über die so überaus wichtige Vorbereitung des Überganges zur Friedenswirtschaft. Die durch den amerikanischen Konflikt wieder besonders akut gewordene Frage betreffend die Beschaffung von Rohmaterialien, die Reihenfolge und Art und Weise der Demobilisierung, die künftige Beschäftigung, das soziale Programm der Regierung, all das sind Fragen, die der Beantwortung harren.